



Sachsen und der Prager Frühling

Langzeitwirkungen einer Demokratierfahrung

Konstantin Hermann

Aufnahmen der sowjetischen Truppentransporte in Richtung Tschechoslowakei, Frauenstein, August 1968

Quelle: Siegfried Schröter: Chronikalische Aufzeichnungen zur Geschichte von Frauenstein, Typoskript, SLUB Dresden

Als der Verfasser 2018 das Angebot erhielt, im Sachsen-und-Böhmen-Heft des „Dresdner Geschichtsvereins“ über den Prager Frühling und seine Bedeutung für die beiden Länder zu schreiben, griff er nur zögernd zu. In dem Beitrag stellte er weniger die konkreten Ereignisse dar, die er in dem zehn Jahre vorher von ihm herausgegebenen Sammelband „Sachsen und der Prager Frühling“ mit den teilnehmenden Autorinnen und Autoren gemeinsam aufgezeigt hatte, sondern vielmehr die heutige Bedeutung des „Prager Frühlings“ für Sachsen und Tschechien sowie die unterschiedlichen Betrachtungsweisen aus Ost und West auf 1968.¹ Ein Hauptthema bildete dabei die Frage einer Umwertung, oder weniger gewichtig ausgedrückt, des Inhalt eines Begriffs und seines Füllens mit anderen Inhalten in zeit- und entwicklungsabhängiger, generationenabhängiger Erfahrungs- und Erlebniskonstellationen, die zwar alle subjektiv durch den Einzelnen sind, sich aber eben doch auch zu (teil-)gemeinsamer Erinnerungskultur formieren. Die Kritik hat diesen Beitrag recht wohlwollend aufgenommen.² Als der Beitrag 2018 entstand, war man noch mittendrin im Erinnerungsjahr 1968 oder auch 1918, je nachdem.

Das Rauschen im Blätterwald, digital wie virtuell, hat sich seit 2019 wieder gelegt. Neue zeithistorische Themen brachen sich in der Wissenschaft, im Feuilleton und in der Öffentlichkeit Bahn: Themen, die lange Jahre mehr etwas für den Katheder als für die Allgemeinheit waren. Dass plötzlich aufgrund der von der Familie Hohenzollern verlangten Herausga-

be von Mobilien, Rückübertragung von Immobilien usw. eine große Debatte um die Stellung dieser Familie zum nationalsozialistischen Regime und insgesamt ihre Rolle in der Geschichte, besonders im Kaiserreich und Ersten Weltkrieg, entstand, war einige Jahre vorher kaum zu vermuten. Bei entsprechender historischer oder gesellschaftlicher Relevanz können also Themen aktuell werden, die vorher im öffentlichen Bewusstsein keine Rolle mehr spielten. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass ohne diese Relevanz Themen aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden. Dies ist freilich u. a. stark durch den Erlebnishorizont der Generation geprägt. Und es ist nicht allein der Erlebnishorizont, sondern die damit zusammenhängende Bedeutung von Ereignissen in ihrer subjektiven Folge für das Individuum. Je folgenloser und unbedeutender das Ereignis, desto schneller verfällt es einer temporären Irrelevanz. Und das Tragen der Erinnerung bedarf immer eines Trägers, zuvorderst der Erlebnisgeneration, die quasi zwangsweise als Erinnerungsträger fungiert, während die, die das Ereignis nicht erlebten, durch eigenes Interesse oder durch äußere Umstände zu Erinnerungsträgern werden. Der Bruch zwischen Erlebnis- und nachfahrender Generation wird natürlich auch bezüglich 1968 eintreten. Alle zehn Jahre kommen Zeitzeugen des Jahres 1968 zu Wort: 2018 hatte die „Sächsische Zeitung“ einen Aufruf an Zeitzeugen des Jahres 1968 gestartet, die Erlebnisse mit dem Prager Frühling verbanden.³ Ebenfalls eine mehrteilige Reihe brachte die westsächsische „Freie Presse“, die ne-

- 1 Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen und der Prager Frühling, Beucha bei Leipzig 2008; Konstantin Hermann: Prager Frühling 1968, in: Dresdner Hefte Nr. 135 (Dresden, Böhmen, Prag), Dresden 2018, S. 42-49.
- 2 Christian Ruf: Szenen einer Nachbarschaft, in: Dresdener Neueste Nachrichten vom 20. Dezember 2018, S. 10.
- 3 <https://www.saechsische.de/prager-fruehling-1968-zeitzeugen-gesucht-3984081.html> (Abruf sämtlicher Internetquellen am 27.9.2020).

ben der Darstellung des Truppenaufmarschs vor allem Zeitzeugen das Wort übergab.⁴

Die Rezeption von „1968 Ost“

Laut der Sächsischen Bibliografie gab es nach 2018 keinerlei wissenschaftliche Beiträge mehr zum „Prager Frühling“ in Sachsen – und in der Dekade davor waren es auch schon kaum welche. Die wesentlichen Quellen zu den Ein- und Auswirkungen des Prager Frühlings dürften alle bekannt und kontextualisiert worden sein, die Autobiografien und Erinnerungen der damaligen Protagonisten und prominenter Zeitzeugen lagen ebenso schon vor. Die sozialpolitische Großwetterlage in Deutschland war in jener Zeit von den Debatten um den Sozialstaat geprägt, die im Zuge der Hartz-IV-Reformen entstanden waren. Diese sozialpolitischen Debatten ließen bei manchen die Frage eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, wie der Prager Frühling verkörperte, mit „1968 Ost“ verbinden. Die Finanzkrise, die 2008 Deutschland erreichte, begann in den USA. Diese Zeit war also von sozialen und wirtschaftlichen sowie finanzpolitischen Themen bestimmt, was jedoch lediglich das Umfeld bestimmte. Die eigentlichen Ursachen für den bisherigen Höhepunkt der wissenschaftlichen Thematisierung des Prager Frühlings lagen woanders. Schon nach 2008 war die Quellen- und Literatursituation so, dass nichts mehr wesentlich Neues kommen konnte. Die Quellenlage hatte sich durch die fortschreitende Erschließung in deutschen und tschechischen Archiven gegenüber 1998 wesentlich verbessert. Es konnten Dokumenteneditionen erscheinen, die Erlebnisgeneration von 1968, nun um die 70 bis 80 Jahre, war in dem Alter, auf das Leben zurückzublicken.⁵ Durch die enger werdenden Beziehungen zwischen Sachsen und Tschechien lag der Blick über die Grenze näher als noch zehn Jahre zuvor. Die Debatte um die Vergangenheit und Gegenwart der Chiffre 1968 und damit auch des Prager Frühlings tobte; die „68er“ mit ihrem „Marsch durch die Institutionen“ waren und machten sich selbst zum Thema; inzwischen kurz vor der Rente stehend. Der „Prager Frühling“ erfuhr dabei in der Debatte um „68“ jene bekannten Höflichkeitsknickse Richtung Ostdeutschland wie manch andere Themen auch, die jedoch, wie die Erhebungen über 68er Artikel zeigen, in Proportionen zu „1968 West“ Randscheinungen in deutschlandweiter Perspektive blieben. Durch die etablierte Westsicht der Medien tauchte die ostdeutsche Sicht auf „68“ kaum auf. In den Leserschriften wurde diese merkwürdig anmutende Westsicht auch bisweilen sogar in ostdeutschen Zeitungen, die so in an der Lebenserfahrung und der eigenen Biografie völlig vorbeiging, nicht nur einmal kritisch angemerkt. Als Beispiel für diese Erinnerungsdifferenzen soll ein Leserbrief von 2020 zitiert werden, der dies treffend wiedergibt: „Für Grimm sind die 60er ‚Vietnam, Jugendprotest, Rock, Woodstock, Freiheit, Sex und VW-Busse voller Hippies‘. Für den Ostdeutschen sind sie wohl eher Mauerbau, Prager Frühling, Christa Wolfs ‚Geteilter Himmel‘, 11. Plenum oder der erste olympische Medaillensegen in Mexico City.“⁶

Immerhin, was für die Bedeutung des Prager Frühlings in der Erlebnisgeneration spricht, erscheint er, wie in dem zitierten Leserbrief, immer wieder als in das Leben eingeprägte Ereignis, gemeinsam mit anderen, die in der breiten Öffentlichkeit in Westdeutschland keine Rolle mehr spielen wie die Schlussakte von Helsinki 1975, die Charta 77 oder der Kampf der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ in Polen – für die DDR von erheblicher Bedeutung, in Westdeutschland unter ferner liefen, da konkrete Folgen dieser Ereignisse fehlen. Für 1968 in der DDR und im gesamten Ostblock sah dies anders aus. Nach 1953 demonstrierte 1968 die Sowjetunion erneut, diesmal mit einem Teil ihrer Verbündeten des Warschauer Vertrags, dass jedes Ausscheren aus der verordneten Linie nicht toleriert werden würde. Damit war nicht nur jede Hoffnung auf ein komplettes Ausscheiden aus dem Ostblock und damit im übertragenen Sinne auch die Wiedervereinigung erledigt. Diese Hoffnung war sowieso mehr als illusorisch, wenn überhaupt gewünscht. Wesentlicher war jedoch, dass mit der Niederschlagung des Prager Frühlings wieder jede Hoffnung auf eine Öffnung und Liberalisierung erfroren war. Die Metapher des Tauwetters und des Frostes wird in der Literatur und in den Erinnerungen für den Prager Frühling mehrfach bemüht. Das erhoffte Tauwetter, das auch in der DDR Einzug halten sollte, der Frühling, kam in der Spätphase der Ulbricht-Ära nicht. Walter Ulbricht war bekanntlich selbst mit seinen Reformbemühungen am Widerstand Moskaus gescheitert, was zu seiner Entmachtung führen sollte. Die Bedeutung des Prager Frühlings für die Bevölkerung der drei sächsischen Bezirke liegt neben diesen genannten Langzeitwirkungen vor allem in den Erfahrungen der Bevölkerung im Jahr 1968 selbst wie dem Einmarsch der Truppen über die sächsisch-böhmische Grenze und nicht zuletzt auch die staatlich angeordnete feierliche Begrüßung der Truppen zurück auf dem Territorium der DDR. Für die Diskussion der Frage der langfristigen Wirkungen hinsichtlich des Demokratieverständnisses und der Demokratieempfindung sind vor allem Zeitzeugenberichte und Ego-Dokumente relevant. Der ostdeutschen Bevölkerung unbekannt war die vom Boden der DDR ausgehende Propaganda des Senders „Radio Vltava“ bei Wilsdruff und der Zeitung „Zprávy“, die in Dresden gedruckt und dann in die Tschechoslowakei gebracht wurde, wo sie dann Verteilung fand. Im Folgenden sollen nochmals kurz die wesentlichen Momente dieser Beziehungsgeschichte dargestellt werden.⁷

Das „Tribunal der Fünf“ in Dresden

Auf staatlicher Ebene trat der Bezirk Dresden im Frühjahr in das Geschehen um den Prager Frühling ein. Für den 23. März berief Leonid Breschnew die erste von insgesamt 18 Konferenzen des Jahres 1968 ein, die sich mit der Situation in der ČSSR auseinandersetzten.⁸ Erst kurz vorher hatte der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew den Reform- und Parteichef der tschechischen Kommunisten, Alexander Dubček, nach Dresden eingeladen, um vorgeblich über Wirtschaftsfragen zu sprechen. Die Wahl

- 4 <https://www.freiepresse.de/kultur-wissen/prager-fruehling> 5 Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Günter Bischof/Viktor Išćenko/Michail Prozumensčikov/Peter Roggenthaler/Oldřich Tuma/Mannfred Wilke (Hrsg.): Prager Frühling. Das Internationale Krisenjahr 1968, 2 Bde. Köln 2008.
- 6 Z. B. Spalterische Ignoranz ist unerträglich. Leserbrief von Wolfgang Kleinwächter, Leipzig, in: Leipziger Volkszeitung vom 21. Januar 2020, S. 6, zu einem Beitrag von Imre Grimm, der lediglich die Westsicht auf 1968 darstellte.
- 7 Siehe vor allem neben den bereits genannten Veröffentlichungen: Konstantin Hermann: Sachsen und der Prager Frühling, in: Horch und Guck 17 (2008) 62, S. 46-49.
- 8 Konstantin Hermann: „Tribunal der Fünf“. Das Treffen der sozialistischen Staaten am 23. März 1968 in Dresden, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 78 (2007), S. 325-340.



Eine Menschenmenge protestiert gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag, 21. August 1968, Kleinbild von Manfred Hermann SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

fiel auf die sächsische Metropole, weil es von Prag aus die nächstgelegene ausländische Großstadt war. Bei einem nach Moskau einberufenen Treffen fürchtete Breschnew, das Dubček absagen könne, da er mit den Vorbereitungen des Plenums des Zentralkomitees der KPC beschäftigt war. Weitere Teilnehmerstaaten waren Ungarn, Polen, Bulgarien und die DDR. Die Konferenz, die von 11 Uhr bis 22 Uhr dauerte, fand im Neuen Rathaus in Dresden statt. In ihr wurde der tschechoslowakischen Delegation unmissverständlich verdeutlicht, dass die Reformen in der Tschechoslowakei nicht nur eine innere Angelegenheit, sondern Sache des gesamten Ostblocks wären. Wie vorher ohne die Tschechoslowaken abgesprochen, behaupteten die Teilnehmer in Dresden, dass in der ČSSR die Konterrevolution ausgebrochen sei. Dies gipfelte in dem Satz des polnischen Parteichefs Władysław Gomułka, dass dort „die trockenen Äste zum Erhängen“ auf die Kommunisten warten würden.⁹ Auf das Dresdner „Tribunal der Fünf“ kamen die späteren Interventionsmächte und die DDR im Laufe des Sommers 1968 zurück; vor allem der „Warschauer Brief“ nahm deutlich Bezug auf die Beratungen. Und hier in Dresden war wohl die Geburtsstunde der Breschnew-Doktrin von der „eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten.“

Der „sozialistische Tourismus“ des Paul Fröhlich

Walter Ulbricht, der wie der polnische Staatschef Gomułka zu den Staatschefs gehörte, die Breschnew in einer Aussprache mit Dubček bestärkten, versuchte, der DDR nach der Sowjetunion eine Führungsrolle in Osteuropa in jeglicher Hinsicht zu schaffen: politisch, ökonomisch und ideologisch, teils auch militärisch. Eine bizarre Facette dieses Anspruchs sind die Delegationsreisen der Leipziger SED-Bezirksleitung im Mai und Juni 1968, über die ausführlich Christian Kurzweg geschrieben hat.¹⁰ Am 10. Mai 1968 instruierte der Leipziger SED-Bezirkschef Paul Fröhlich die Kreisparteisekretäre, „klassenbewusste Genossen“ in die ČSSR zu schicken. Diese sollte unter Ausnutzung aller privaten und dienstli-

chen Kontakte mit den tschechoslowakischen KPC-Funktionären sprechen, um den „Schutz der sozialistischen Errungenschaften“ anzumahnen. Doch, so die Reiseberichte, sprachen sich die meisten tschechoslowakischen Kader für die Reformen aus. So war nicht nur direkt dieser „sozialistische Tourismus“ ein Fehlschlag; er wirkte auch auf die SED-Genossen selbst. Einige kehrten mit einer deutlich differenzierteren Sicht auf die Reformbewegung im südlichen Nachbarland wieder zurück, und die SED musste Nachschulungen veranstalten, um „bestimmte Reiseeindrücke“ zu korrigieren. Einige der reisenden Genossen forderten sogar, ähnlich wie in der ČSSR zu verfahren und die Regierung der DDR abzulösen. Auch Kader aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt fuhren mit demselben Auftrag wie ihre Leipziger Genossen zu derselben Zeit in die ČSSR – gemäß der ausgegebenen Devise: „Gut informieren – nicht Vorwürfe, beleidigend, nicht ihre Lage einschätzen, Konservatismus klären, Gruppen bilden, die treu zur Partei u. Arbeiterklasse stehen, den Gen[ossen] Mut machen“.

Sachsen als Aufmarschraum

In einem Volksentscheid hatten über 94 Prozent der Wähler in der DDR im April 1968 für die Annahme einer neuen Verfassung ausgesprochen, die kurze Zeit darauf in Kraft trat. Diese „sozialistische Verfassung“ betonte in Artikel 6 den „sozialistischen Internationalismus“ und die allseitige Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten. Wenige Monate später, im August 1968, wurde dieses Verständnis der „allseitigen Zusammenarbeit“ demonstriert, als die Truppen des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei einmarschierten. Seit Juni 1968 war der Südraum der Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt Truppenaufmarsch- und Manövergebiet in Vorbereitung des Einmarschs. Kein Thema der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nach dem Kriegsende und seiner Folgen ist ähnlich ausführlich und emotional diskutiert worden wie die Beteiligung der NVA an der Invasion. Sachsen bildete das Zentrum der Invasionstruppen; von hier aus begann am 20. August 1968 die „Prager Gruppierung“ ihren Einmarsch, die die tschechische Hauptstadt schnell erreichen sollte. Dass die Nationale Volksarmee sich nicht am Einmarsch beteiligte, ist inzwischen hinlänglich bewiesen. Der Militärhistoriker Rüdiger Wenzke hat 1995 diese pauschale Mitschuld erforscht, konkretisiert und 2008 erstmals die Rolle Sachsens bei der Invasion dargestellt.¹¹ Ulbricht forderte von seinen Verbündeten bereits im Frühjahr 1968, dass die DDR an allen Maßnahmen des Warschauer Vertrages zur Vorbereitung einer militärischen Operation zur Niederschlagung der „Konterrevolution“ beteiligt wird. Eine der wichtigsten Etappen dazu war die Abhaltung der Kommando-Übung „Böhmerwald“, die vom 18. bis 30. Juni auch auf dem Boden der DDR und der ČSSR stattfand. Der Militärbezirk III in Leipzig umfasste fast den gesamten Süden der DDR. Aus der Hoheit des Militärbezirks wurden Ende Juli 1968 zwei NVA-Di-

9 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch.), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), J IV 2/3-1986: Stenogramm des Dresdner Treffens, fol. 101. Vollständig abgedruckt in: Klaus Kukuk: Prag 68. Unbekannte Dokumente, Berlin 2008, S. 45-96.

10 Christian Kurzweg: „Jetzt machen wir mal sozialistischen Tourismus“. Die SED und der Prager Frühling, Berichte aus dem Bezirk Leipzig, in: Horch und Guck 16 (2007) 58, S. 10-15.

11 Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995; Rüdiger Wenzke: Sachsen als militärischer Aufmarsch- und Handlungsraum, in: Hermann 2008 (wie Anm. 1), S. 89-126.

visionen herausgelöst und in Vorbereitung der Invasion der Sowjetarmee unterstellt: Die 7. Panzerdivision in Dresden und die 11. motorisierte Schützendivision in Halle. Beide Einheiten zählten ungefähr 15.000 Soldaten. In den Süden der DDR wurden gleichzeitig größere Sowjetarmeeverbände verlegt: die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und Einheiten aus dem Militärbezirk Kaliningrad. Die sowjetischen Truppen überschritten am 20. August eine halbe Stunde vor Mitternacht die tschechoslowakische Staatsgrenze und erreichten bereits 6 Uhr früh Prag. Doch die NVA blieb in ihren Feldlagern. Die Entscheidung darüber fiel in Moskau. Breschnew hatte auf Drängen von Vasil Bilak und Alois Indra angewiesen, die NVA nicht zu beteiligen.¹² Die außenpolitische Wirkung wäre ansonsten verheerend gewesen: deutsche Truppen nach 30 Jahren (1939) wieder beim Einmarsch in Prag. Auch militärisch war das Eingreifen nicht mehr nötig: Die Bündnistruppen der UdSSR, Bulgariens, Polens und Ungarns stießen auf keinen Widerstand und kamen schnell voran. Die Sicherung der Invasion hatten die Grenztruppen der DDR zu gewährleisten. Waren bis August 1968 nur 110 Grenzsoldaten an der 450 Kilometer langen Grenze zur CSSR eingesetzt, wurde am 20. August eine eigene neue Einheit, die 12. Grenzbrigade mit über 1.800 Soldaten, gegründet, deren „Hauptanstrengungen in der Sicherung der Zufahrtsstraßen zur Staatsgrenze“ lagen.¹³ „Für Grenzprovokateure gibt es kein Pardon“, hieß es in einer Ansprache vor den Grenzsoldaten dieser Brigade. Sie schlossen nach der Auslösung der Aktion „Sperrmauer“ vom 21. August früh um 1 Uhr die Grenzübergangsstellen zur CSSR bis zum 31. August. Ab dem späten Vormittag des gleichen Tages durften DDR-Bürger aus der CSSR wieder in die DDR einreisen.¹⁵ Im Oktober kehrten die NVA-Einheiten und auch die ersten Sowjetarmeenheiten in ihre Standorte zurück. Mit großem Pomp wurde jedoch die zweite Welle der Sowjetarmee in Sachsen begrüßt. In Dresden fand im November eine Truppenparade statt. Nicht umsonst an diesem Tag, wurde der Tag doch in eine Reihe mit der Oktoberrevolution 1917 und der Novemberrevolution 1918 in Deutschland als „Tat des Sozialismus“ angesehen und auch so propagiert. In teilweise unerträglich sentimental Texten berichteten die Tageszeitungen von dem Empfang. Eine der zu skandierenden Parolen lautete „Drushba – Drushba – Mir [russisch: Freundschaft – Freundschaft – Frieden] / Freunde seid willkommen hier. / Allen aggressiven Herrn / leuchtet der Rote Stern. / Jeder Panzer eine Faust, / die in Bonner Pläne saust“.

Sachsenmedien gegen Prag

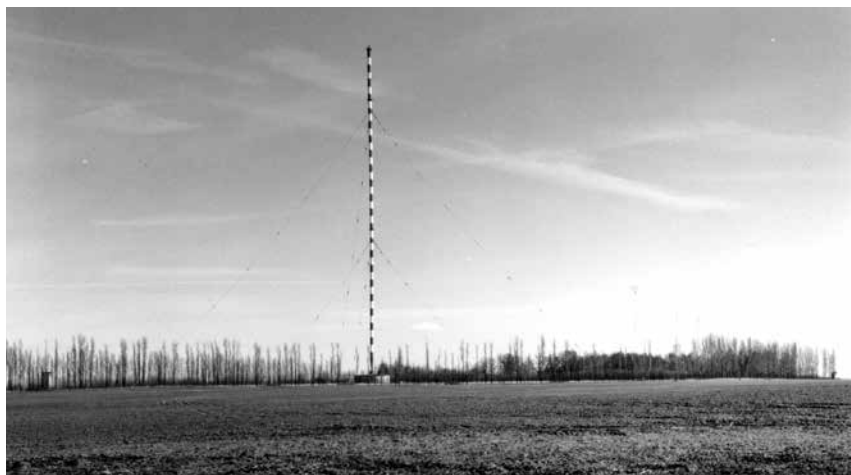
Konnte sich die DDR nicht auch an der Invasion militärisch beteiligen, so hatten jedoch die beiden wichtigsten Propagandainstrumente gegen den Prager Frühling ihren Sitz in und um Dresden. Die sächsische Metropole war im Sommer ein Refugium für geflüchtete KPČ-Kader, und unter anderem der Chef des Sicherheitsdienstes Viliam Šalgovič und das ZK-Mit-

glied Pavel Auersperg hielten sich in Dresden auf. Ludek Pachman berichtete sogar, dass in Dresden Verhaftungslisten für die „Endlösung der Situation“, für die Reformer, angefertigt wurden.¹⁵ Schon seit Juli sendete „Radio Berlin International“ Propagandasendungen in tschechischer und slowakischer Sprache, die in der Invasionsnacht den Namen Sender „Radio Vltava“ (Moldau) erhielten. Die Redaktion unter Leitung von Hans Herzberg saß in Ost-Berlin im Rundfunkgebäude auf der Nalepastraße, gesendet wurde jedoch vom Sender auf der Birkenhainer Höhe bei Wilsdruff. Mit einfachster Propaganda gegen die Reformkräfte versuchte er, einen Keil zwischen die Bevölkerung und die Regierung zu treiben. Zwei zeitgenössische Quellen benennen antisemitische Ausfälle gegen Eduard Goldstücker und František Kriegel. Er war aber der einzige Radiosender, über den die Antireformkräfte verfügten. Erst als diese wieder die Redaktionen der Massenmedien unter ihre Kontrolle gebracht hatten, wurde der Sender entbehrlich. „Radio Berlin International“ wandelte am 13. Februar 1969 das Programm um; der Sender „Radio Vltava“ wurde abgeschaltet.

Ähnlich erfolglos agierte das zweite Propagandamedium aus Dresden, die „Zprávy“ („Nachrichten). So wie „Radio Prag“ bereits am 21. August vor dem Hören des Senders „Moldau“ wegen seiner ausländischer Herkunft warnte, war in der CSSR recht bald bekannt, dass die „Zprávy“ aus Dresden kam. Die „Zprávy“ wurde hier gedruckt und auch ihre Redaktion befand sich im ZENTRAG-Betrieb Grafischer Großbetrieb Völkerfreundschaft Dresden auf der Julian-Grimma-Allee (heute wieder Ostra-Allee). Die Chefredakteure der „Zprávy“, Smetanin, und des Senders „Radio Vltava“, Herzberg, befanden sich in ständiger Verbindung miteinander. Die Zeitung rief zur „Abrechnung“ mit reformorientierten Journalisten und Politikern auf. Smetanin bedankte sich bei der Dresdner Bezirksleitung und deren 1. Sekretär, Werner Krolikowski, mit den Worten, dass „das Kollektiv der ‚Zpravy‘ ausgezeichnet“ von ihr unterstützt werde.¹⁶ Zu dieser Zeit wurden von der jeden Sonnabend herauskommenden Zeitung 350.000 Exemplare gedruckt. Bis Januar 1969 wurde sie von sowjetischen Soldaten verteilt oder von LKW wie Flugblätter abgeworfen. Nach Zeitzeugenberichten sammelten die Tschechen sie gleich ein und

- 12 Wenzke 2008 (wie Anm. 11), S. 107.
- 13 Wenzke 2008 (wie Anm. 11), S. 114.
- 14 Wenzke 2008 (wie Anm. 11), S. 113.
- 15 Ludek Pachman: Was in Prag wirklich geschah. Illusionen und Tatsachen aus der Ära Dubček, Freiburg im Breisgau 1978, S. 110.
- 16 SAPMO-BArch. ZPA DY 30 IV A/2/2.028/148 (Büro Norden, Manfred Feist an Albert Norden, 9.12.1968).
- 17 Zpravy v boji proti kontrarevoluci, Prag 1971; Claus Röck: Invasion durch den Äther. Die Rundfunkpropaganda der DDR gegen die politische Reformbewegung in der ČSSR von 1968 („Prager Frühling“). Struktur, Funktion und Resonanz des Geheimensenders Radio Vltava. Dissertation Universität Leipzig 2004, S. 135.

Funkturm Wilsdruff,
Aufnahme 1996
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek,
Foto: Siegfried Bregulla



Zeitungsausschnitt aus der „Freien Presse“, August 1968

Quelle: Siegfried Schröter: Chronikalische Aufzeichnungen zur Geschichte von Frauenstein, Typoskript, SLUB Dresden



Am Dienstag in Plauen, Leninplatz: Schon blumenübersät kamen die Fahrzeuge der Sowjetarmee dort an, nachdem sie durch ein dichtes Menschengespinnnet gefahren waren. Auch in Freiberg (unteres Bild) war alt und jung auf den Beinen, um die sowjetischen Freunde mit Blumen oder kleinen Geschenken zu begrüßen, und viele hielten auf dem Film einige der unzähligen herzlichen Begrüßungsszenen fest. Fotos: Schmidt, FP/Klemm

- 18 Marko Martin: Das war auch unsere Revolte. Die Ostdeutschen, heißt es immer, hätten kein 1968 gehabt. Das stimmt so nicht: Der Prager Frühling und dessen Niederschlagung veränderten die DDR-Bewohner, in: DIE ZEIT, 6.9.2018, Nr. 37, S. 12.
- 19 Siehe z. B. die Ausstellung in Marienberg im Erzgebirge. <https://hpd.de/artikel/august-1968-sachsen-im-kriegszustand-15753>
- 20 <https://tu-dresden.de/ua/dokumentationen/archiv-fremde-veroeffentlichungen/die-freiheit-des-wortes-ein-zeitzeugenbericht-zu-den-geschnehnissen-des-jahres-1968-an-der-tu-dresden>
- 21 Birk Meinhardt: Eine Frage der Verfassung. Porträt von Werner Schulz, in: Süddeutsche Zeitung vom 22./23. Oktober 2005, S. 3.
- 22 Wolfram Tschiche: Zur historischen Bedeutung des „Prager Frühlings“ 1968, in: Außerschulische Bildung 2/2018: 1968: Die Konkurrenz von Erinnerungen, S. 195-201; siehe: <https://www.adb.de/download/publikationen/ab2008-2.pdf>
- 23 Als Alexander Dubček im Zuge der „Samtenen Revolution“ wieder öffentlich in Erscheinung trat, sorgte dies auch in der DDR für Sympathie – ein Beleg dafür, dass der Prager Frühling nicht vergessen war.

Autor

Dr. Konstantin Hermann
SLUB Dresden
Zellescher Weg 18,
01069 Dresden
konstantin.hermann@
slub-dresden.de

verbrannten sie oder warfen sie weg. Seit Januar wurde sie deshalb in Cafés und Restaurants ausgelegt. Einen Monat vorher gab es 33 Abonnenten in ganz Prag, von denen nur drei Privatpersonen waren. Nach einem halben Jahr „Normalisierung“ in der ČSSR war die „Zprávy“, die bei den Tschechoslowaken noch verhasster als der Sender „Radio Vltava“ war, nicht mehr notwendig: Am 11. Mai 1969 stellte sie ihr Erscheinen ein. Zwei Jahre später erschienen aber ihre „wertvollsten“ Artikel in einer Aufsatzsammlung: „Die ‚Zprávy‘ im Kampf gegen die Konterrevolution“ hieß sie übersetzt, und die tschechoslowakischen Kommunisten wollten auch „Vltava“ mit einer Gedenkschrift 1971 „würdigen“, was aber die SED verhinderte.¹⁷ Auf Anordnung des Politbüros wurden fast alle Unterlagen zum Sender vernichtet.

Das Nachwirken von „1968 Ost“

Dass es ein 1968 auch im Osten gab, wurde wohl nie ernsthaft bestritten – seine Bedeutung und seine Nachwirkungen jedoch schon. Besonders von ostdeutschen Autoren wird auf diese Bedeutung verwiesen, doch worin äußert sie sich?¹⁸ Marko Martin zum Beispiel hat in den atmosphärischen Erinnerungen, die er als Nachgeborener nicht an 1968 haben konnte, aber an die von ihm erlebten und prägenden Rezeptionen in der Schule, in der Auseinandersetzung mit der Literatur u. a. über Langzeitwirkungen geschrieben, die sich nicht in konkreten Ereignissen oder Folgen festhalten lassen, aber zeigen, dass selbst für die nachgeborene Generation der Prager Frühling eine wichtige Chiffre war. Tatsächlich, und das lässt sich aus vielen Veröffentlichungen und Meinungen ableiten, stellt der Prager Frühling eine Folie dar, die so oder so aufgelegt werden konnte. Dem einen diente er als hoffnungsfrohes Signal eines menschlichen Sozialismus, dem nächsten für eine Art „dritten Weg“, anderen als Beweis, dass es zwischen Sozialismus und Kapitalismus keinen „dritten Weg“ geben konnte, und dem vierten als Warnung, dass die Sowjetunion auch wei-

terhin kein Ausscheren aus dem Ostblock dulden würde. Schließlich hatte sich 1979 in Afghanistan in ähnlicher Form das wiederholt, was 1968 in der Tschechoslowakei geschah. Moskauorientierte Einheimische, in Afghanistan der Ministerpräsident Nur Muhammed Taraki, baten um sowjetische Militärhilfe, die zur Sicherung des sozialistischen Machtbereichs „gewährt“ wurde; in der Tschechoslowakei war es der „Einladungsbrief“, in dem die Intervention gefordert wurde – Parallelen gibt es bis heute.

Die erste direkte Reaktion bestand, neben Gesprächen in der Familie, unter Freunden und Kollegen, in den sofort auftauchenden „Hetzschriften“, in denen der Einmarsch kritisiert wurde. In Großstädten und in den von dem Truppendurchmarsch betroffenen Gebieten war die Zahl jener von den Staatsbehörden konfiszierten Drucken und gesicherten Parolen an Hauswänden besonders hoch.¹⁹ „Mir war klar, dass unsere Mittel nie ausreichen würden, um im tiefsten Winter dieser Diktatur Veränderungen herbeizuführen. Trotzdem wagten wir diesen Schritt und wollten zumindest mit Flugblättern auf die Verbrechen der Roten Armee hinweisen“, schrieb eine Zeitzeugin, die mit anderen Flugblätter in Dresden herstellte und dafür eine mehrjährige Haftstrafe verbüßen musste.²⁰ Sie betonte, dass die Hoffnung auf Herstellung demokratischer Verhältnisse der damalige Antrieb war, die in der Friedlichen Revolution 1989/90 verwirklicht wurden und dass der Kampf um Demokratie, wie er 1968 und 1989/90 stattfand, nicht vergessen werden dürfe. Genau dies wird die entscheidende Langzeitwirkung, auch wenn sie konkret kaum fassbar ist, sein. Für nicht wenige Bürgerrechtler, aber auch „normale“ Demonstranten des Jahres 1989 in Plauen/Vogtland, Leipzig oder anderswo, bildeten die Erfahrungen des Prager Frühlings einen wichtigen Impuls im Kampf um die Bürgerrechte und Demokratie, und wie für den gebürtigen Zwickauer Oppositionellen Werner Schulz war das tschechoslowakische Tauwetter eine wichtige Wegmarke der Politisierung im eigenen Leben.²¹

Für die meisten DDR-Bürger war jedoch die plötzlich zu erlebende Freiheit eine neue Erfahrung, die man im eigenen Land misste. Alles war offener und demokratischer; die Liberalisierung war mit den Händen zu greifen. Dies, aber auch die Niederschlagung und die damit verbundenen Ereignisse wie der Truppenmarsch durch Städte und Dörfer, von Tausenden gesehen, sowie die Grenzschießung waren einprägsame Bilder, die zeigten, wie schnell und nah ein militärischer Konflikt entstehen konnte. Ob, um mit Wolfram Tschiche zu sprechen, die Invasion „als Beleg für die Reformunfähigkeit eines Sozialismus sowjetischen Typs“ erlebt wurde²², als Hinweis auf die Reformunfähigkeit eines Sozialismus allgemein oder als Beweis für die Möglichkeit eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ blieb für jeden eine persönliche Ansicht. Entscheidend bleibt, dass ungeachtet der Interpretation das Erleben und die Niederschlagung des Prager Frühlings dieses Ereignisses für viele bis zur Friedlichen Revolution ein latentes Hoffnungs-, aber auch Warnungssymbol im Streben nach Demokratie war, dessen Bedeutung als vorbereiteter Boden für 1989 nicht unterschätzt werden darf.²³